

## "Nahm Tod des eigenen Vaters in Kauf": FSB verhindert drei ukrainische Terrorakte in einer Woche

26 Dez. 2024 07:00 Uhr

In dieser Woche gelang es dem Föderalen Sicherheitsdienst Russlands (FSB), drei vom ukrainischen Geheimdienst SBU geplante und koordinierte Terroranschläge zu verhindern. Vier russische Staatsbürger wurden festgenommen, während die Hinter- und Mittelsmänner in Polen und der Ukraine weiterhin auf freiem Fuß sind.



Quelle: Sputnik © FSB

Symbolbild: Beamte des FSB nehmen einen Verdächtigen fest

Der Föderale Sicherheitsdienst der Russischen Föderation (FSB) hat drei weitere geplante Terroranschläge des ukrainischen Geheimdienstes SBU aufgedeckt und verhindert, die auf die Ermordung hochrangiger russischer Militärs und ihrer Familien abzielten.

Wie die Pressestelle des FSB am Donnerstagmorgen bekannt gab, konnte in einem Fall ein russischer Staatsangehöriger festgenommen werden, der mit seiner Ehepartnerin seit 2020 in der Ukraine lebte und vor Kurzem über Finnland und Georgien nach Russland zurückgekehrt war. Der Vater der Ehefrau, die Anna heißt, arbeitet als Fahrer für die Führungsspitze des russischen Verteidigungsministeriums, was der SBU für die Planung des Terroranschlags nutzen wollte. Hauptziel sollte die Person sein, die befördert wurde, den Tod des eigenen Vaters und Schwiegervaters nahm das Paar jedoch billigend in Kauf.

Die Methoden des SBU, der verzweifelt versucht, sich vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des Staates eine Art Anerkennung zu verschaffen, sind in ihrer Raffinesse und Grausamkeit erstaunlich. Unzufrieden mit ihrem Leben packte das Paar im Jahr 2020 seine Sachen und ging in die Ukraine. Sie

träumten von einem Leben in den Karpaten, ließen sich aber zunächst in Kiew nieder und zogen dann in die Kleinstadt Mirgorod.

Der Ehemann, Rufname "Tesla", ist von Beruf IT-Spezialist, in der Ukraine war er zuletzt arbeitslos. Die örtlichen Migrationsbehörden begannen, ihm Geldstrafen wegen illegalen Aufenthalts im Land aufzuerlegen, und bald tauchten auch ukrainische Sicherheitsdienste auf und rekrutierten das Paar für die geschilderten Zwecke.

Zu diesem Zeitpunkt wusste der ukrainische Geheimdienst SBU bereits, dass Annas Vater als Fahrer für hochrangige Militärs in Russland arbeitete. Nach Angaben des FSB wusste die Frau nicht nur genau über den Plan zur Ermordung ihres eigenen Vaters Bescheid, sondern überredete ihren Mann auch aktiv dazu, den Auftrag auszuführen. Sie selbst blieb in der Ukraine.

Für die Ausführung des Terroranschlags versprach der SBU dem Paar Geld und Pässe eines der EU-Länder.

"Tesla" begann nach seiner Rückkehr nach Russland sofort mit der Vorbereitung des Terroranschlags. Er nahm ein Videoüberwachungssystem und einen als tragbares Ladegerät getarnten Sprengsatz aus einem Versteck in der Region Moskau mit, wo dieser zuvor von einem Agenten des SBU platziert worden war. Der Sprengsatz war mit Magneten versehen, mit denen er am Fahrzeugboden hätte befestigt werden können. Während der ganzen Zeit hielt er die Verbindung zu seinen Kontaktpersonen und seiner Frau, die zu diesem Zeitpunkt ebenfalls aktiv an der Koordinierung seiner Aktionen beteiligt war.

Zur Platzierung der Bombe kam es nicht mehr, da die Festnahme durch den FSB dazwischenkam.

In dem zweiten in der laufenden Woche aufgedeckten Fall haben FSB-Beamte in Moskau einen weiteren russischen Staatsbürger festgenommen, der vom Kiewer Regime angeworben worden war. Er hatte den Auftrag, hochrangige Militäroffiziere und ihre Familienangehörigen zu Hause und bei der Arbeit auszuspähen. Die gesammelten Informationen sollten der Vorbereitung weiterer Terroranschläge in Russland dienen.

Bei dem dritten Fall gelang es dem FSB, einen Terroranschlag auf einen weiteren Angehörigen der russischen Streitkräfte zu verhindern. Zwei Männer, deren Kontaktmann ein in Polen lebender Ukrainer war, wurden festgenommen und angeklagt, weil sie versucht hatten, einen als Weihnachtsgeschenk getarnten improvisierten Sprengsatz zu überbringen.

Nach Angaben des FSB wurden die bei den Terroristen sichergestellte Kommunikationsausrüstung und der Sprengstoff zusammen mit Haushaltsgeräten, Werkzeugen und Autoteilen nach Russland gebracht.

In allen drei Fällen wurden mittlerweile Strafverfahren eingeleitet. Die Kriminellen werden des illegalen Handels mit Sprengstoff, der Vorbereitung terroristischer Handlungen und des Hochverrats beschuldigt. Das russische Strafgesetz sieht für diese Taten als Höchstmaß eine lebenslange Freiheitsstrafe vor.